

Landtags = Verhandlungen

des

Fürstenthums Lippe.

53.

Geschehen Detmold am Landtage den 11ten August 1849.
Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig die Abgeordneten außer Petri II.; aus Fürstlicher Regierung Herr Geheime Regierungsrath Piderit und Herr Regierungsrath Heldman.

Die Protocolle der Morgen- und Nachmittagsitzung vom 1ten d. M. wurden vorgelesen und genehmigt und sodann als eingegangen angezeigt: eine Petition des Gemeinderaths der Vogtei Hohenhausen, Communalwegbau betreffend. —

Hierauf interpellirte der Abg. Bunte die Justizcommission rücksichtlich des Berichts über den von ihm bezüglich der Stellung der wegen politischer Vergehen Angeklagten vor Geschwornengerichte gestellten Antrag; die Sache sei eilig und, da eine Vertagung bevorstehe, baldiger Bericht der Commission und ein dem Antrage entsprechender Beschluß des Landtags zu wünschen, da nur durch einen solchen die Verwerfung des Kulemannschen Antrags auf Befürwortung der Ertheilung einer Amnestie wieder gut gemacht werden könne.

Abg. Althof als Vorsitzender der Commission erwiederte, dieselbe habe 2 Sitzungen gehalten; in letzterer Zeit haben solche wegen der Morgen- und Nachmittags-Sitzungen nicht stattfinden können und sei eine bereits angesetzte Sitzung nicht zu Stande gekommen; es solle aber noch heute oder am Montag Morgens eine Sitzung stattfinden und Bericht erstattet werden.

Abg. Bunte erklärte, daß er durch diese Auskunft zufrieden gestellt sei.

Demnächst reichte der Abg. Meyer den selbstständigen Antrag

Anlage 33

zu §. 34 des Gesetzes über Gemeinheitstheilungen und Ablösung der Hufe-
servituten ein.

Abg. Echterling gab ein Separatvotum

Anlage 34

zum Protocoll vom 10ten d. M., resp. zum Schierenbergischen Antrage
(Anl. 32) zu den Acten.

Abg.

Abg. Böhmer stellte hierauf den dringlichen Antrag, der Landtag wolle sich vom nächsten Montag an bis zum 1. Oct. c. vertagen und über diesen Antrag, nachdem rücksichtlich der Vorlagen wegen Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte ein Beschluß gefaßt worden, berathen und beschließen.

Die Dringlichkeit dieses Antrags wurde anerkannt, nachdem der Abg. Meyer sich dagegen erklärt und eventuell den weiter unten zu erwähnenden Antrag angekündigt hatte.

Hierauf trug namens der Commission für Herbeiführung einer Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte als Berichterstatter derselben der Abg. Schütz vor: der Landtag habe aus den gedruckten Arbeiten der Commission ersehen, welche Motive diese zu dem von der Mehrheit angenommenen Entwürfe, welcher von ihm und den Abg. Hausmann und Böhmer ausgegangen, veranlaßt haben; aus Gründen, die nicht hierher gehörten, sei der Entwurf dem betr. Referenten in Fürstl. Regierung bereits zugestellt; bevor aber die Regierung sich darüber erklären könne, müsse der Landtag die Commission zu weiteren Verhandlungen durch die ausdrückliche und förmliche Erklärung ermächtigen, daß er den Entwurf für geeignet zur Herbeiführung einer Vereinbarung halte; specielle Discussion über die Begründung des Entwurfs sei übrigens nicht gut möglich; die Grundlage der Masse von Zahlen, worauf der Entwurf fuße, sei nicht allgemein bekannt, er sei übrigens sehr gründlich geprüft und könnten die einzelnen Positionen der Rechnungsauszüge als richtig angenommen werden, da sie hauptsächlich durch die Abg. Schierenberg und v. Stietencron festgestellt seien, welche den Verhandlungen über denselben Gegenstand schon auf den Landtagen von 1845 und 1847 beigewohnt hätten. Er stelle daher namens der Commission den Antrag:

„Der Landtag erklärt, den in dem Entwürfe der Finanz-Commission enthaltenen Vorschlag über Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte zu dem seinigen machen, ihn als Grundlage zu einer Vereinbarung in dieser Sache betrachten und demgemäß Fürstlicher Regierung zur Erklärung zustellen zu wollen.“

Abg. Tenge: er sei im Wesentlichen mit den Positionen des Entwurfs einverstanden, müsse sich aber doch für Annahme eines mehr generellen Vorschlags aussprechen; ein solcher enthalte nichts Präjudicialisches und sei geeigneter, weiteren Verhandlungen zur Grundlage zu dienen. Finde einmal die Trennung statt, so werde auch der Fürst sein Fideicommiss- oder Kron-Gut selbst verwalten müssen, wie das Land den ihm zufallenden Antheil, Collisionen würden sonst unvermeidlich sein, und werde die nöthige Sicherstellung der Interessen des Landes auch ohnedem möglich sein. Er stelle daher den Antrag:

„Als

„Als Ergebniss seiner reiflichen Erwägung proponirt der Landtag Fürstlicher Regierung eine Vereinbarung, kraft welcher das Vermögen der Landrentei der Hauptsache nach für Eigenthum des Staats erklärt, sowie demgemäss auf denselben mit Lust und Last übertragen, dem Fürstlichen Hause dagegen nach Massgabe einer näheren, auch auf mögliche Eventualitäten bezehneten Stipulation eine jährliche Netto-Revenue von 75,000 Rthl. aus Domainen und öffentlichen Cassen gesichert werde, welche sich im Falle der Verheirathung des Erbprinzen zu dessen Gunsten um 10,000 Rthl. erhöht.“

Herr Regierungsrath Heldman erklärte, es seien vom Vorredner bereits Schwächen des Entwurfs gerügt, welche auch die Regierung rügen werde, aber es sei jetzt keine ins Einzelne gehende Debatte, kein Eingehen auf den Inhalt, sondern nur ein Ermächtigen der Commission zu weiteren Verhandlungen mit der Regierung erforderlich; diese werde dann eine gründliche Prüfung des Entwurfs vornehmen, namentlich in der Rücksicht, inwiefern dadurch die Rechte des Fürsten gewahrt und zugleich das Wohl des Landes gefördert sei — dann werde sie in weitere Verhandlungen mit der Commission eintreten, denn er sei nicht im Stande, zu erklären, daß die Proposition unbedingt angenommen werde; die Regierung werde demnächst eine definitive Vorlage einbringen.

Abg. Leizmann: er wolle auf das Materielle des Entwurfs nicht eingehen, es sei hier nur eine Grundlage für weitere Verhandlungen festzustellen; er wolle nur erwähnen, daß in allen kleineren Staaten die Unzufriedenheit sich meistens gegen die Domainenverwaltung gewendet habe, so auch 1848 bei uns; für diese allgemeine Erscheinung lägen bedeutende Gründe vor, die er jedoch heute nicht näher entwickeln wolle, daher seien überall Verhandlungen eingeleitet, die Fürstlichen Familien zur Abtretung der Verwaltung des Domaniilvermögens an das Land zu bewegen; es sei dies auch eine Forderung des constitutionellen Staats, welchen ja die Regierung mit begründen wolle; die Cammer als Staatsbehörde müsse eingehen und die Regierung einzige höchste Finanzbehörde werden; erst dann werde das Finanzwesen des Landes klar und geordnet werden können.

Abg. Hausmann: der Entwurf einer Trennung sei bekannt und ebenso dessen Begründung; er beantrage daher, ohne weiteres Eingehen über die der Commission zu gebende Ermächtigung abzustimmen.

Nachdem dieser Antrag von allen Seiten unterstützt war, stellte der Abg. Althof vor der Abstimmung noch den Zusatzantrag:

„daß der Entwurf der Commission vorbehältlich der darin angegebenen Vergleichssummen und vorbehältlich der Frage, ob die Fürstliche Sustentationssumme für immer oder etwa nur für die Regierungsdauer des jetzt regierenden Fürsten gelten solle, vom Landtage anerkannt werde.“

Es

Es wurde hierauf der Antrag des Abg. Schütz mit 21 gegen 3 Stimmen angenommen, der Zusatzantrag des Abg. Althof aber per majora abgelehnt; nach Annahme des Schütz'schen Antrags war der Tengesche Antrag weggefallen.

Hierauf wurde zur Berathung des Erlasses Fürstlicher Regierung vom 8. d. M. an den Landtagsausschuß, Bewilligung der veranschlagten Kosten einer baulichen Veränderung im Strafwerkhaufe betr., übergegangen.

Abg. Schierenberg berichtete namens des Landtagsausschusses, die bauliche Veränderung betreffe die Anlage zweier Arbeitsäle in der ersten Etage, die dadurch nöthige Verlegung der lithographischen Anstalt, die Anlage einer Treppe zu den Arbeitsälen in der zweiten Etage aus dem Zimmer des Strafwerkmeisters, Anlegung von Gitterthüren ic. und sei zu 160 bis 170 Rthl. veranschlagt; es solle dadurch eine bessere Beaufsichtigung der Corrigenden durch den Strafwerkmeister und eine Absonderung der jugendlichen und minder verderbten Corrigenden von den übrigen möglich gemacht werden. Der Ausschuß beantrage aus Rücksicht auf den anerkanntenswerthen Zweck die geringe Anschlagssumme sofort zu bewilligen; nöthigenfalls könnten auch die Verhandlungen vorab zur Einsicht auf dem Tische des Hauses niedergelegt werden.

Herr Regierungsrath Feldman führte noch an, bisher habe der Strafwerkmeister in der untern Etage gewohnt und seien ohne leichte Verbindung mit dessen Zimmer in der obern Etage nur 2 Arbeitsäle gewesen, so daß nur eine Trennung nach dem Geschlecht habe stattfinden können; die vorgeschlagenen Aenderungen seien daher nothwendig, wenn die angegebenen Zwecke erreicht werden sollten.

Abg. Böhmer hielt die Aenderungen für sehr zweckmäßig und habe er sich selbst davon genauer überzeugt; er beantrage jedoch, erst in nächster Sitzung abzustimmen.

Die Abg. Wesel und Oberbracht wollten jedoch sofortige Erledigung, da die Aenderung sich schon wegen des Grundsatzes der Besserung empfehle.

Es wurde hierauf nach dem Schierenberg'schen Antrage die Anschlagssumme mit überwiegender Stimmenmehrheit bewilligt.

Sodann wurde zur Berathung des Böhmerschen Vertagungsantrags übergegangen und nahm zur Begründung desselben der Antragsteller Bezug auf die in dieser Beziehung schon früher von ihm entwickelten Gründe; er wolle nur hinzufügen, daß er den jetzigen Zeitpunkt für den geeignetsten halte, da die wichtigsten Vorlagen bis zu einer gewissen Vollendung gebracht seien; auch die geschäftlichen und anderen Rücksichten dürften Beachtung verdienen.

Herr Regierungsrath Feldman erklärte, daß auch die Regierung eine Vertagung wünsche, um mit Muße in der Trennungsfrage berathen zu können;

nen; bei den currenten Arbeiten und der langen Dauer der Landtagsitzungen bleibe dazu den Regierungsmitgliedern keine Zeit; auch für den Landtag werde eine Vertagung erwünscht sein, namentlich für die Mitglieder der Finanzcommission, wenn diese etwa zu weiteren Verhandlungen berufen werde.

Abg. Meyer: es sei nicht zu leugnen, daß der Landtag bisher fleißig gearbeitet habe, über eine Vertagung und den Landtag selbst würden aber die Wähler nicht günstig urtheilen, weil dem Volke noch nicht viele Resultate der Thätigkeit des Landtags bekannt geworden seien; noch sei die Verfassung nicht einmal in erster Lesung ganz berathen, das Aufschieben der Abstimmung über die wichtigsten Punkte sei ein feiges Aussetzen gewesen, und so werde auch eine Vertagung ein feiges und pflichtwidriges Verlassen des Auftrags sein.

Nach dieser Aeußerung wurde von mehreren Abgeordneten verlangt, daß der Redner zur Ordnung gerufen werde. Der Vorsitzende, Präsident v. Cölln, forderte ihn auf, die Aeußerung zurückzunehmen und rief ihn zur Ordnung, als er die Aeußerung nicht zurücknehmen zu wollen erklärte.

Abg. Meyer appellirte gegen den Ordnungsruf an das Haus, welches jedoch per majora den Ordnungsruf billigte.

Abg. Meyer fuhr sodann fort: der Umstand, daß bei einzelnen Abgeordneten die geistigen oder körperlichen Kräfte geschwächt seien, könne kein Grund der Vertagung nach erst achtwöchiger Arbeit sein, eben so wenig Berufs- oder andere Geschäfte der Abgeordneten, denn es habe Jeder vorher gewußt, daß der Landtag viele Zeit rauben werde, man habe also die Wahl ablehnen sollen; jetzt würden die deutschen Verhältnisse einen Beschluß des Hauses darüber erforderlich machen, ob etwa der durch den Bund der 3 Könige in Aussicht gestellte Reichstag beschickt werden solle; auch könne eine Vertagung nicht ohne Genehmigung des Fürsten stattfinden. Am entschiedensten spreche aber gegen eine Vertagung, daß es die Aufgabe des Landtags sei, durch ungesäumte Erledigung der Gesetzentwürfe die Grundrechte völlig einzuführen, welche eine ungesäumte Erledigung der den Einzelgesetzgebungen überlassenen Bestimmungen vorschrieben; in der Vertagung liege also ein Widerstreben gegen die Grundrechte, und er müsse annehmen, daß man andere Zwecke dabei im Auge habe, als zum Wohle des Volks führende.

Sollte aber doch eine Vertagung beschlossen werden, so behalte er sich den eventuellen Antrag bevor, der Landtag möge eine Commission von 10 Mitgliedern beauftragen, während der Vertagung die Commissionsarbeiten zu erledigen.

Abg. Bunte bemerkte noch, er habe zwar bei Berathung der Verfassung schon für einen Vertagungsantrag gestimmt, habe dabei aber nur an eine Vertagung auf 3 Tage gedacht.

Die

Abg. Leizmann war für den Antrag, beantragte jedoch, den Ausschuß nur aus 5 Mitgliedern bestehen zu lassen; auch in anderen Staaten habe die Rücksicht auf Sparsamkeit und Förderung der Arbeiten die Landtage zu einem ähnlichen Beschlusse bewogen.

Abg. Bunte war gegen den Antrag; man solle Nichts verkleinern, auch den Landtag nicht; in dem Beschlusse würde der Ausspruch liegen, daß überhaupt 10 Abg. genügten; wir hätten 25 Abg. und 25 verschiedene Ansichten, er wenigstens theile nie die eines Andern, wenn er nicht durch Gründe überzeugt sei; durch die Wahl der beantragten Commission werde eine Partei siegen, unter den 10 Abg. würden also nicht alle Ansichten vertreten sein, die Extreme aber müßten einander entgegengesetzt werden, nur darin liege die Wahrheit.

Abg. Meyer schloß sich dem Leizmannschen Antrage an, worauf Abg. Bunte den eventuellen Antrag stellte, zu der erwähnten Commission nur einen Abg. zu wählen.

Für eine Commission von 5 Mitgliedern stimmten hierauf mit Ja die Abgeordneten:

Bornemeyer, Meyer, Klocke, Echterling, Leizmann —

dagegen mit Nein die Abgeordneten:

Hildebrand, Schierenberg, Hausmann, König, Kulemann, Bunte, Hagemeister, Stuckmann, Hagemann, v. Stietencron, Wesel, Schütz, Tenge, Petri I., Althof, v. Cölln, Tappe, Böhmer, Oberbracht. —

Derselbe war also mit 19 gegen 5 Stimmen abgelehnt, worauf Abg. Bunte seinen Antrag zurückzog.

Im weiteren Verfolge der Tagesordnung berichtete hierauf der Abg. Petri I. als Vorsitzender namens der Commission für Trennung des Staatshaushalts vom Domonialhaushalte über den in der Sitzung vom 10. d. M. eingebrachten selbstständigen Antrag des Abg. Meyer, die Neuwohnerabgaben betreffend, und erklärte nach Verlesung dieses Antrags und der Verordnung vom 17. Oct. 1848: die Commission sei der Ansicht, daß es zur Zeit nicht angemessen sei, eine Protestation gegen die gedachte Verordnung zu beschließen, weil diese Angelegenheit sowohl bei der allgemeinen Festsetzung der Steuerverhältnisse, als bei den Verhandlungen über Trennung des Staatshaushalts vom Domonialhaushalte zur Sprache komme und ein Herausreißen einer einzelnen Frage, eine Trennung ihrer Verbindung mit einem allgemeinen Gegenstande, der doch zur Verhandlung komme, mißlich sei; übrigens könne es wol zweifelhaft erscheinen, ob die Regierung das Recht gehabt habe, jene Verordnung zu erlassen; indeß sei auch die Verordnung vom 2. Decbr. 1828, wodurch jene Abgaben eingeführt seien, von der Regierung einseitig ohne landständische Genehmigung erlassen; die fraglichen Abga-

Abgaben aber würden unter den Domanielgefällen und zu denselben vereinnahmt; in ähnlicher Weise sei z. B. auch das Webestuhlsgeld erlassen, wogegen nie protestirt worden; die Commission sei daher der Meinung, daß der Gegenstand bis zur näheren allgemeinen Untersuchung der Abgabenverhältnisse beruhen könne, und beantrage, über den selbstständigen Antrag des Abg. Meyer zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Regierungsrath Heldman erklärte, die Neuwohnerabgaben seien keine Landessteuern; indeß habe der Bericht der Commission über Trennung des Staatshaushalts vom Domanielhaushalte bereits einzeln nach dem Vorschlage der Regierung dem Lande zu überweisenden Einkünfte des Domaniums als in dieser Eigenschaft zweifelhaft bezeichnet, man möge also nicht einen einzelnen Posten herausreißen, zumal da sich die Sache, wenn eine Einigung erzielt werde, von selbst erledige; werde eine solche nicht erzielt, so könne eine Erinnerung und eine Aufforderung der Regierung zur Verantwortung noch immer stattfinden — andernfalls werde man nur störend in die Verhandlung der Trennungsfrage eingreifen.

Abg. Meyer trug zur Begründung seines Antrags in der Eigenschaft als Mitglied der Trennungskommission das Minoritätsgutachten

Anlage 35.

vor, worauf die Abstimmung ohne weitere Debatte und in gewöhnlicher Weise (da der Antrag des Abg. Meyer auf namentliche Abstimmung nicht unterstützt wurde) beschloffen und per majora der Antrag der Commission, zur Tagesordnung überzugehen, angenommen wurde.

Die folgende Sitzung wurde auf Montag den 13. d. M., Morgens 11 Uhr, anberaumt und als Tagesordnung für dieselbe festgesetzt:

1) Berathung des heutigen selbstständigen Antrags des Abg. Meyer rücksichtlich des §. 34 des Gesetzes über Gemeinheitstheilungen und Hudeablösungen;

2) Wahl der Commission für den Gesetzentwurf das Volksschulwesen betreffend;

3) Wahl der Commission für den Gesetzentwurf die Vorbereitungen zur Einführung einer Einkommensteuer betreffend;

4) eventuell: Bericht der Justizcommission über den Antrag des Abg. Bunte, Stellung der wegen politischer Vergehen Angeklagten vor Geschworenengerichte betreffend.

Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

v. Cölln.

Hildebrand.

Ulrich.

Anlage 33.

Antrag des Abgeordneten Meyer.

In der Sitzung vom 4. August wurde auf Antrag des Abgeordneten v. Stietencron der §. 34 des Gesetzes über Gemeinheitstheilungen und Hudeablösung so formulirt:

„Die Abfindung der Hudeberechtigten erfolgt mit Grund und Boden und zwar in der Art, daß ihnen ein Flächenraum zu Eigenthum überwiesen wird, dessen Bodenwerth dem ermittelten Werthe der bisherigen Hude im Walde entspricht. Bei der Werthsermittlung der Hude ist nicht bloß die Menge, sondern auch die Güte der Nahrungsmittel in Betracht zu ziehen. Unter Beachtung der Vorschriften des §. 26 ist den Hudeberechtigten ihre Abfindung in angemessener Lage zu gewähren.“

Wiewohl es nach meiner Ansicht nicht wohl einem Zweifel unterliegen kann, daß der Landtag durch jene Bestimmung nur beabsichtigt hat, den Hudeberechtigten vollständig zu entschädigen, er mithin einen solchen Flächenraum zum Eigenthum erhalten soll, welcher dem Vieh so viel Nahrung gewährt, als die bisherige Hude im Walde, so könnte jene Formulirung doch zu einem andern höchst ungerechten Grundsatz verleiten, mindestens verwirkelte und die Theilung verschleppende Nachtheile herbeiführen, indem nicht klar das Verhältniß des Bodenwerthes der Abfindung zu der bisherigen Hudenutzung ausgesprochen ist, vielmehr ein anderer Werth des überwiesenen Grundstücks, als solcher für den Zweck der Hude in Betracht kommt, der Abfindung zum Grunde gelegt werden könnte. Ein solcher Maßstab würde der Gerechtigkeit widersprechen und mit dem §. 26 des Gesetzes, wonach eine entsprechende Entschädigung und zwar so gewährt werden muß, daß die specielle Benutzungsweise auch fernerhin auf dem Abfindungstheile stattfinden kann, in Widerspruch stehen, daher beantrage ich die Declaration und die derselben entsprechende Redaction des §. 34 dahin:

es solle zwischen dem Worte „dessen“ und dem Worte „Bodenwerth“ eingeschoben werden:

„zur Beschaffung der bisher bestandenen Hudenutzung erforderliche“.
Detmold den 10. August 1849.

Meyer.

Anlage 34.

Zum Protocoll vom 10. August.

Ich habe gegen den Schierenberg'schen gleichwie gegen alle derartigen, in diesen Tagen gestellten Anträge, die eine Hinausschiebung der Veto-Frage bezweckten, gestimmt; weil nach meinem Dafürhalten vorab grade dieser Gegenstand erledigt werden müßte; denn würde dem Fürsten das absolute Veto eingeräumt, so mag der Landtag beschloffen haben, oder beschließen, was er will, was kann's nützen? Der Fürst bestätigt nur Das, was Ihm beliebt; der Landtag ist alsdann nur ein berathendes Collegium und als solches entbehrlich und überflüssig, die enorme Geld-Ausgabe hierfür wahrlich nur Verschwendung! Denn Rath und Gutachten kann die Regierung gratis erhalten; dafür brauchen keine Tausende verausgabt zu werden. Ich halte in diesem Falle es für unverantwortlich, mein Mandat auch nur eine Stunde zu behalten.

Detmold den 11. August 1849.

J. B. Ghterling.

Anlage 35.

Minoritäts = Gutachten

des Abgeordneten **W e y e r,**

die Aufhebung der Neuwohnerabgaben von den künftig errichtet werdenden Neuwohnerstätten durch die von Fürstlicher Regierung erlassene Verordnung vom 17. October 1848 betreffend.

Durch die Verordnung vom 2. December 1828 wurden auf die Neuwohnerstätten folgende Lasten gelegt:

die Contribution von der Haus = Taxe 9 Mgr. 3 pf. Petrischatz incl. Hofgerichtssteuer;
3 Handburgfestdienste;
3 Extradienste mit der Hand;
Jagd = und Reihedienste;
den Geistlichen die Pflicht.

Im Eingang der Verordnung wird angeführt, daß in Ansehung der Neuwohnerabgaben bisher keine gewisse Regel bestanden habe; es wären vielmehr dieselben bei Anlegung neuer Stätten von den Aemtern unter verschiedenartigen Benennungen bald höher, bald niedriger in Vorschlag gebracht.

Die obigen Abgaben sollen nur in denjenigen Ortschaften, wo bisher eine abweichende Norm für diese Lasten in unzweifelhafter Art hergebracht war, wie namentlich in Schwalenberg und Augustdorf, keine Anwendung finden, es vielmehr bei dem Herkommen sein Bewenden behalten.

Die ältere Landesgesetzgebung giebt über die Abgaben von Neuwohnerstätten keine Auskunft, die Verordnungen vom 13. Mai 1766 und 14. September 1779 schreiben die Numerirung der Neuwohnerstätten vor.

In der Vorlage Fürstlicher Regierung, die Trennung des Staatshaushalts vom Domaniel = Haushalt betreffend, sind die Neuwohnerabgaben zu denjenigen Einnahmen der Landrentei gerechnet, welche dieser als Fürstliches

liches Haus- und Familien-Fideicommiß verbleiben sollen. Zu diesen Aufkünften sind außer den Domänen, Forsten, der Saline, auch diejenigen Leistungen und Abgaben der Unterthanen, welche aus dem gutherrlichen Verbande entsprungen sind oder auf privatrechtlichen Titeln beruhen, gezählt.

Ich vermag keinen Grund aufzufinden, durch welchen jene Neuwohner-Abgaben auf einen gutherrlichen Verband oder auf einen privatrechtlichen Titel zurückgeführt werden könnten. Die Neuwohnerstätten werden auf Grundstücken errichtet, welche im Privat-Eigenthum sich befinden oder sind auf ausgewiesenen Gemeinheitsplätzen erbaut, wodurch sich von selbst die gutherrliche Qualität der auf denselben lastenden Abgaben schon ausschließt. Sie sind unleugbar eine Steuer, über welche auch nach §. 5 der landständischen Verfassungs-Urkunde von 1836 der Landes-Regierung überall keine einseitige Disposition zusteht.

Die Verordnung vom 17. October 1848 enthält eine solche einseitige Disposition; diese ist um so gefährlicher und präjudiciell, als die Neuwohner-Abgaben in der angezogenen Regierungs-Vorlage als Fürstliches Haus- und Familien-Fideicommiß erklärt und deren gutherrliche oder privatrechtliche Qualität ausgesprochen ist und der Regierungs-Commissarius am Landtage erklärt hat, daß der Fürst nach Belieben sie verschenken oder erlassen dürfe.

Deshalb wird die Nothwendigkeit und Pflichtmäßigkeit des von mir beantragten Protestes wohl keinem Bedenken unterliegen.

Detmold den 11. August 1849.

Meyer.